

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Marvin Hager
Ausschussmitglied Christina Heide
Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Martin Ehlers
Stellv. Ausschussvorsitzender Thomas Suberg

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Beigeordneter Markus Bulla
Ausschussmitglied Darwin Reinhard

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Stellv. Ausschussvorsitzender Michael von den Berg

Arbeitgebervertretung

Stimmberechtigter Sachverständiger Eckhard Stein

Arbeitnehmervvertretung

Stimmberechtigter Sachverständiger Patrick Walter

Stadtelternrat

Stimmberechtigter Sachverständiger Carlo Cottin
Stimmberechtigter Sachverständiger Uwe Sassenburg

Vertretung der Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen

Stimmberechtigter Sachverständiger Matthias Thode

Vertretung der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Heike Prinz

Gäste aus den Schulen

Frau Friedhoff (Grundschule St. Martin), Frau Meis-Schweigart und Herr Meis (Von-Altenburg-Schule Varel), Frau Oltmanns (Grundschule Rheinstraße), Herr Fischer (NGW), Herren Markmann und Schmacker (Nordsee-Campus), Herr Pommer (Grundschule Stadtmitte und OBS Stadtmitte), Herr Stöver (Marion-Dönhoff-Schule)

Verwaltung

Erster Stadtrat Herr Schönfelder, Herr Brandt, Herr Hofmann

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Teile der Sitzungen des SchA vom 01.06.23, 21.06.23 und 07.09.23 sowie des öffentlichen Teils der gemeinsamen Sitzung von JHA und SchA vom 21.06.23
- 4 Mitteilungen und Anfragen
 - 4.1 Informationen zur Schulentwicklungsplanung (SEP)
 - 4.2 Informationen zur Amok-Situation an der OBS Stadtmitte
 - 4.3 Informationen zu den Brandereignissen am Nordsee-Campus Wilhelmshaven
 - 4.4 Information zur Grundschule Rheinstraße - Sachstand Gebäude Ebertstr. 96
 - 4.5 Information zur Erarbeitung eines Konzepts zur inklusiven Schullandschaft - Antrag der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW
 - 4.6 Anfrage zur Musikschule
 - 4.7 Information zur Grundschule Wiesenhof

Den Wortmeldungen von Schulleitungen ging die einhellige Worterteilung voraus.

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Ehlers** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

- 3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Teile der Sitzungen des SchA vom 01.06.23, 21.06.23 und 07.09.23 sowie des öffentlichen Teils der gemeinsamen Sitzung von JHA und SchA vom 21.06.23

Die Niederschriften über die öffentlichen Teile der Sitzungen vom 01.06. und vom 21.06.23 (jeweils eine Enthaltung) sowie vom 07.09.23 (zwei Enthaltungen) werden genehmigt.

- 4 Mitteilungen und Anfragen

- 4.1 Informationen zur Schulentwicklungsplanung (SEP)

Herr Brandt verweist auf die letzte Begleitgruppensitzung mit dem Schwerpunkt Schülerzahlprognose. Die Präsentation aus dieser Sitzung wird noch verteilt, auch zur Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung von SchA und BGGS im Juni 2024. Bis weit in die Dreißigerjahre hinein wird es hohe Einschulungszahlen geben, so **Herr Brandt**. In der Prognose werden auch die bedeutenderen Neubaugebiete berücksichtigt, wie z. B. Potenburg und Altengroden. Stark betroffen vom Schülerzuwachs

sind die Grundschulen Mühlenweg, Rüstertiel, Sengwarden, Stadtmitte, Voslapp und Wiesenhof. Der Bedarf einer neuen Grundschule zeichnet sich als Ergebnis der beauftragten SEP ab. Schülerwanderungen werden sich durch den Ganztagsausbau ergeben. Der Schülerzuwachs wird sich auch auf die weiterführenden Schulen auswirken – darum muss man an höhere Zügigkeiten an der IGS und dem NGW denken.

Herr Hager sieht angesichts dieser Prognose Schullandschaft und Stadt vor großen Herausforderungen, weshalb die Ergebnisse schnell ausgewertet werden müssen und der Politik zügige Entscheidungen zu ermöglichen. Auch mit Blick auf den Schülerzuwachs bittet **Frau Prinz** um Berichterstattung des Sachstands zum Neubau der Marion-Dönhoff-Schule in der nächsten Sitzung.

Auf Nachfragen von **Frau Weinstock** und **Herrn Ehlers** bestätigt **Herr Brandt**, dass Inklusion und Förderbedarfe in die SEP einbezogen werden.

Herr Ehlers gibt zu bedenken, dass ggf. zwei neue zweizügige Grundschulen benötigt werden und verweist auf das Leitbild, wonach Grundschulen maximal dreizügig sein sollen.

Auf die Präsentation zur Begleitgruppensitzung vom 24.04.24 wird verwiesen.

4.2 Informationen zur Amok-Situation an der OBS Stadtmitte

Herr Pommer beschreibt die Situation, wonach spät morgens drei Schüler per Handy der Polizei mitteilten, dass ein Amok-Lauf stattfindet. Davon ausgehend, dass dies zutrifft, stürmte die Polizei während der großen Pause das Gebäude. Die SchülerInnen mussten sich auf den Boden legen. Die Schule wurde durchsucht und nach ca. einer halben Stunde der anrufende Schüler von der Polizei entdeckt. Um ca. 11:20 Uhr war der Einsatz beendet. In Abstimmung zwischen Schulleitung, Klassenleitungen, Notfallseelsorge und Schulsozialarbeit verständigte man sich darauf, die SchülerInnen zunächst noch in der Schule zu belassen, damit sie nicht evtl. allein zu Hause sind. Mit allen Klassen wurden gesprochen und nach einer Stunde wurde der Schultag beendet. Am Folgetag waren Schulpsychologen vor Ort. Die polizeilichen Ermittlungen dauern an. Der Haupttäter wurde der Schule verwiesen und die mutmaßlichen Mittäter bis zu den Sommerferien suspendiert. Abschließend gibt **Herr Pommer** an, dass es zwar grundsätzlich gut gelaufen ist, die Schule aber dennoch natürlich überlegt, was man verbessern kann.

Für eine der kommenden Sitzung, erklärt **Herr Schönfelder**, wird die Thematik Amok-Prävention und Brandschutz bei Neubauten und Sanierungen, aufbereitet.

4.3 Informationen zu den Brandereignissen am Nordsee-Campus Willhelmshaven

Die erste Brandstiftung geschah im Sekretariat am Anfang letzter Woche, so **Herr Brandt**. Donnerstags darauf erfolgte die zweite Brandstiftung. Beides waren nur kleine Brände, doch beim zweiten Brand verursachte die Rauchentwicklung eine hohe Schadstoffbelastung. Das zieht einen hohen Sanierungsaufwand von Decken

und Wänden und einen hohen Reinigungsaufwand nach sich. Von Freitag auf Montagabend wurde im Zusammenspiel zwischen der Schule, GGS, SDW und dem FB Bildung und Sport die Voraussetzungen geschaffen, dass am Standort der ehemaligen BBS in Heppens der Unterricht stattfinden kann. Es deutet sich an, dass auf Grund des Sanierungsbedarfes das Ausweichquartier auch im nächsten Schuljahr benötigt wird. Dieser Sanierungsbedarf muss mit den ohnehin vorgesehenen Umbaumaßnahmen koordiniert werden. Weiter führt **Herr Brandt** aus, müssen div. Details wie z. B. die mögliche Nutzung des Naturwissenschaftspavillon an der Paul-Hug-Straße geprüft werden.

Herr Hager dankt allen Beteiligten für die schnelle Reaktion. Auch **Herr Schmacker** ist dankbar für die schnelle Hilfe und beschreibt, dass zumindest räumlich ein Großteil des schulischen Konzepts umgesetzt werden kann.

Frau Marxfeld hinterfragt das Fehlen einer Brand- und Einbruchmeldeanlage. **Herr Brandt** weist daraufhin, dass das Einsteigen in das Gebäude durch die Einrüstung erleichtert wird. **Herr Darwin** fragt, ob es ein Konzept für Brand- und Einbruchschutz gibt. **Herr Schönfelder** teilt mit, dass solche Anlagen zwar Brand oder Einbruch melden, aber nicht verhindern. Zu überlegen ist auch eine Videoüberwachung. **Herr Brandt** ergänzt, dass in den WiPlan von GGS Mittel für den Brandschutz eingestellt werden. **Herr Fischer** fürchtet weitere Taten und verweist auf die Anwesenheit eines tatverdächtigen Schülers am NGW. Er appelliert, diese Jugendlichen engmaschig über Jugendhilfemaßnahmen zu betreuen. **Herr Schönfelder** versteht die Sorge und erläutert, dass man diese Jugendlichen nicht Haft nehmen kann. Das Jugendamt führt Elterngespräche, kann aber gegen deren Willen keine Maßnahmen durchführen.

Auf Nachfrage von **Herrn Ehlers** erklärt **Herr Brandt**, dass beim Feuerwehreinsatz auch Brandschutztüren geöffnet werden müssen und sich dadurch der Rauch über den Brandherd hinaus im Gebäude verteilt.

4.4 Information zur Grundschule Rheinstraße - Sachstand Gebäude Ebertstr. 96

Herr Schönfelder teilt mit, dass die Flüchtlinge vom 10. bis 11. Mai in die neue Unterkunft umziehen sollen. Parallel dazu wird mit der BIMA gesprochen, um Lösungen über Wohnungen zu erreichen. Das Gebäude Ebertstr. 96 wurde zum Verkauf an einen Investor ausgeschrieben. Im günstigsten Fall kann im Juni oder Juli mit der Umsetzung der Gebäudeherrichtung begonnen werden. Auf Nachfrage von **Frau Marxfeld** teilt er mit, dass mit eigenen Ressourcen das Gebäude nicht rechtzeitig hergerichtet werden kann.

Zur Nachfrage von **Herrn Reinhard** berichtet **Herr Brandt**, dass eine räumliche Lösung im Gemeindehaus der Havenkirche in Betracht kommt. Diese Räume können z. B. auch für die Nachmittagsbetreuung genutzt werden. Zu klären sind noch einige Aspekte wie z. B. Brandschutz, Zuwegung vom Schulgelände, Flucht- und Rettungsweg, weshalb u. a. noch eine Begehung durch die Feuerwehr folgt.

4.5 Information zur Erarbeitung eines Konzepts zur inklusiven Schullandschaft - Antrag der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Aus der Besprechung zwischen Schulleitungen (Frau A. Becker, Frau Winkler, Herr Stöver), RZI (Herr Busch), RLSB (Frau Thiesen), dem Sozialamt und dem Fachbereich Bildung und Sport vom 16.04.24 berichtet **Herr Brandt**. In dieser Runde wurde deutlich, dass vielzählige Aspekte (wie u. a. Elternwille, Förderbedarfe, Einzelfälle) zu beachten sind und viele Bausteine der Inklusion schon in der Schullandschaft gelebt werden. Die Konzeptentwicklung ist ein langer Prozess und auch ein bestehendes Konzept muss ständig weiterentwickelt werden. Alle Schulen und auch die Tagesbildungsstätte (Schule an der Deichbrücke) müssen beteiligt werden. Dies gilt auch für Kita-Vertretungen, Job-Center, Stadtschülerrat, Stadtelternterrat und evtl. weitere Akteure damit umfangreiche Expertisen eingebracht werden können. Über eine Beschlussvorlage soll die Empfehlung eingebracht werden, eine solche Steuerungsgruppe zu installieren. **Frau Heide** bietet ihre Mitarbeit an.

Herr Bulla hinterfragt, welche Schwerpunkte kurzfristig gesetzt und welche Beschlüsse kurzfristig gefasst werden sollten. **Herr Schönfelder** verweist unter Hinweis auf die Diskussion im Rat darauf, dass Inklusion auch aus baulicher Sicht nicht in kurzer Zeit überall umsetzbar ist und auch die Konzepterstellung seine Zeit braucht. Ein Konzept kann nicht allein durch die Verwaltung erstellt werden – es braucht die pädagogische Beteiligung. Die Menschenrechtskonvention beansprucht keine vollständige Inklusion, es kommt auf die einzelnen Bedarfe an.

Herr Stöver teilt mit, dass es an den Schulen ein breites Spektrum unterschiedlicher und z. T. gleichzeitig vorliegender Förderbedarfen gibt. **Herr Ehlers**, verweist darauf, dass mit Auslaufen der Förderschule Lernen die Kapazitäten am Förderzentrum zur Abbildung eines anderen Förderbedarfes genutzt werden können und ihm ist wichtig, dass nicht mehr so viele SchülerInnen zu auswärtigen Schulen befördert werden müssen. Für **Herrn Bulla** ist es wichtig, dass nicht nur einfach die Beschulung an einer Förderschule empfohlen wird und auch die vor-Ort-Beschulung bestmöglichst gewährleistet wird. Der Prozess für ein Inklusionskonzept darf nicht Jahre dauern.

Herr Meis berichtet, dass von seinen rd. 70 SchülerInnen ca. 50 aus Wilhelmshaven kommen. Er bekommt mehr Beschulungsanfragen als er Aufnahmezusagen geben kann. Aktuell befinden sich viele Fördergutachten noch in Erstellung, weshalb noch weitere Anfragen folgen. Ein Grund für eine Beschulung an seiner Förderschule ist der Umstand, dass die Kinder in großen Klassen nicht klarkommen. **Frau Oltmanns** erklärt, dass den Regelschulen personelle Ausstattung fehlt (z. B. Sonderpädagogen, Schulbegleitungen). **Herr Stöver** beschreibt, dass auch noch im Jahrgang 6 Förderbedarfe festgestellt werden und die Arbeit oft herausfordernd ist. Insbesondere für die SchülerInnen selbst kann die Beschulung an einer Regelschule in den dort großen Klassen alles andere als einfach sein. **Herr Schönfelder** erklärt, dass die Stadt versucht, mit der Pool-Bildung von Klassenassistenzen und der Schulsozialarbeit der personellen Situation zu begegnen. **Herr Bulla** weist darauf hin, dass mit dem Auslaufen der Förderschule Lernen die personellen und räumlichen Ressourcen des Förderzentrums für eine andere Förderschule genutzt werden können.

Dies könne, so **Herr Ehlers**, auch das Abwandern der Förderschullehrkräfte verhindern.

Zum von **Herrn Bulla** eingebrachten Aspekt der nur vorübergehenden Beschulung an Förderschulen gibt **Frau Meis-Schweigart** an, dass eine Rückkehr an die Regelschule grundsätzlich in Frage kommt und im Vorfeld Hospitationen stattfinden sollten. Sie weist noch daraufhin, dass der Umgang mit vom Unterricht suspendierten SchülerInnen in die Inklusionskonzepte Aufnahme finden muss.

4.6 Anfrage zur Musikschule

Herr von den Berg fragt nach dem Ergebnis zum zweiten Förderantrag. In der Verwaltung, so **Herr Schönfelder**, wird zzt. abgestimmt, wie mit der Ablehnung des Antrags umgegangen wird, weil die benötigten Mittel nicht vollumfänglich im GGS-WiPlan vorhanden sind.

4.7 Information zur Grundschule Wiesenhof

Bei Messungen i. R. von Bauarbeiten, teilt **Herr Brandt** mit, wurden Schadstoffbelastungen in den Wänden festgestellt. Vorsorglich hat man sich entschlossen, in der letzten Woche den Unterricht ausfallen zu lassen und nur eine Notbetreuung in der Familienbildungsstätte und in der Kirchengemeinde Neuende einzurichten. Nach ersten negativen Beprobungsergebnissen konnten bereits die Sporthalle und die Kita wieder freigegeben werden. Noch liegen nicht alle Ergebnisse vor, weshalb die Notbetreuung fortgeführt wird. Die ausstehenden Ergebnisse werden morgen erwartet.

Ende öffentlicher Teil

Zehnminütige Pause

B Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung 17:35 Uhr

Schönfelder/Dezernent

Ehlers/Vorsitz

Hofmann/Protokollführung